



9. Februar 2019

Simbabwe: Rücksichtsloses Vorgehen gegen die Versammlungsfreiheit entlarvt die Intoleranz gegenüber Meinungsfreiheit

Ein neues Briefing von Amnesty International dokumentiert, wie die simbabwischen Behörden mit brutaler Gewalt gegen Demonstranten durchgreifen. Durch schwere Menschenrechtsverletzungen wie u.a. Tötungen und Folter versuchten sie die am 14. Januar begonnenen Proteste gegen die Kraftstoffpreise zu unterdrücken.

Amnesty International befragte Verwandte von einigen der 15 Personen, die seit Beginn der Proteste von Sicherheitskräften getötet wurden, und erläuterte, wie die Behörden tödliche und übermäßige Gewalt wie Tränengas, Schlagstockstäbe, Wasserwerfer und scharfe Munition eingesetzt haben, um Meinungsverschiedenheiten zum Schweigen zu bringen.

"Die simbabwischen Behörden haben zu den brutalsten Taktiken gegriffen, die man sich vorstellen kann, um Demonstrationen gegen Kraftstoffwanderungen zu zerschlagen. Tötungen, Berichte über Vergewaltigungen durch Militärpersonal und weit verbreitete willkürliche Verhaftungen vieler Demonstranten und Nicht-Konkurrenten haben Zweifel an der Hoffnung geweckt, dass die Regierung von Präsident Emmerson Mnangagwa eine bessere Zukunft für die Simbabwer bedeuten könnte, in der die Achtung der Menschenrechte die Regel ist", sagte Muleya Mwananyanda, stellvertretender Regionaldirektor für Südliches Afrika von Amnesty International.

"Zahlreiche Menschenrechtsverteidiger, Aktivisten, Oppositionelle und zivilgesellschaftliche Führer, die im Verdacht stehen, Proteste zu organisieren, sind untergetaucht, weil sie um ihr Leben fürchten, während eine staatlich geförderte Hexenjagd weitergeht. Und mehrere Frauen fürchten das Schlimmste, nachdem sie berichtet hatten, wie sie von uniformierten Soldaten vergewaltigt wurden."

Am 14. Januar forderte die größte Arbeitergewerkschaft Simbabwes aus Protest gegen die von Präsident Emmerson Mnangagwa angekündigten 150-prozentigen Treibstoffhöhungen einen landesweiten "stay away". Als Reaktion darauf entsandte die Regierung Militär-, Polizei- und Nachrichtendienste in die Städte und anderen Ortschaften und setzte damit eine der brutalsten Razzien in der jüngsten Geschichte Simbabwes in Gang.

Mehr als 1.000 Menschen verhaftet

In dem neuen Briefing "Open for business, closed for Dissent" („geöffnet fürs Geschäft,

geschlossen für Meinungsfreiheit“) hat Amnesty International Fälle von Folter, massenhaft willkürlichen Verhaftungen und Inhaftierungen sowie die routinemäßige Verweigerung der Kautions in Schnellverfahren dokumentiert. Mehr als 1.000 Menschen wurden nach den Protesten willkürlich festgenommen, einige davon wurden in Prozessen vor Gericht gestellt, die nicht den internationalen Standards für faire Verfahren entsprechen.

Zeugen haben Amnesty International von weit verbreiteten Folterungen und anderen Misshandlungen berichtet, wie z.B., dass sie dazu gebracht wurden, sich in Abwasser oder Asche aus verbrannten Reifen zu wälzen.

Amnesty International hat auch Kenntnis von mindestens 13 Fällen von Vergewaltigung und anderen sexuellen Übergriffen gegen Frauen durch Polizei- und Militärbeamte. Weiterhin gibt es unabhängig überprüfte, interne Polizeiberichte, nach denen das Militärpersonal in Mord, bewaffneten Raub und Vergewaltigung verwickelt ist.

Dutzende von Menschen wurden nach den nationalen "stay away"-Protesten als tot bestätigt. So wurde beispielsweise Elvis Nyoni am 14. Januar von der Bereitschaftspolizei vor den Chishawasha Flats in Mbare niedergeschossen. Er versuchte, einer alten Frau zu helfen, die ein Baby hielt, das an Tränengas erstickte, als er erschossen wurde.

In einem anderen Fall wurde der unoffizielle Händler, Solomon Nyaruwa, am 15. Januar von einem nicht identifizierten Polizisten in Marondera, einer Stadt in Mashonaland East, etwa 72 km von Harare entfernt, erschossen. Er war in die Stadt gegangen, um eine Schuld einzutreiben, als er auf der Flucht mit anderen Demonstranten erschossen wurde.

Kelvin Tinashe Choto, ein 22-jähriger Fußballspieler aus Chitungwiza, einem Wohnort außerhalb von Harare, wurde am 14. Januar bei Protesten von Sicherheitskräften außerhalb seines Hauses erschossen. Er starb auf der Stelle und seine Leiche wurde von wütenden Bewohnern zur Polizeiwache von Makoni gebracht. "Er war mein einziger Sohn und seine Zukunft war hell. Ich wurde vom Staat ausgeraubt", sagte Kelvins Vater zu Amnesty International.

Systematischer Einsatz von Folter

Zahlreiche Menschen, einschließlich Kinder, wurden Folter und anderen Misshandlungen ausgesetzt, entweder als Strafe für eine vermutete Beteiligung an den Protesten oder als Warnung, um ihre Beteiligung zu verhindern. Amnesty International hat Aufnahmen und Fotos von Opfern gesehen, die durch Schläge verletzt wurden. Eine lokale NGO der Rechtsanwälte, Zimbabwe Lawyers for Human Rights (ZHLR), hat bestätigt, dass mehr als ein Dutzend von ihnen vertretene Personen von Folterungen berichtet haben.

Amnesty International hat bestätigt, dass Ärzte 343 Fälle von Verletzten bei Protesten und nach Verhaftungen behandelt haben. Von diesen hatten 78 Personen Schussverletzungen erlitten, und vier wurden von Hunden gebissen, die die Behörden auf sie angesetzt hatten. Andere waren mit Stiefeln getreten oder mit stumpfen Instrumenten wie Holzbalken geschlagen worden, und einige waren über den Asphalt geschleift worden. Die tatsächliche Zahl der Verletzten wird wahrscheinlich höher sein, da viele Menschen zu ängstlich waren, um sich medizinisch behandeln zu lassen, und die meisten öffentlichen Krankenhäuser für Verletzte, die bei Protesten verletzt wurden, unzugänglich waren.

Ansprache von Aktivisten und Protestveranstaltern

Viele prominente Menschenrechtsverteidiger, Aktivisten, Vertreter der Zivilgesellschaft und Oppositionsführer wurden von der Polizei wegen ihrer tatsächlichen oder angenommenen Rolle bei der Organisation von Protesten ins Visier genommen.

Evan Mwarire, ein bekannter lokaler Pastor und Aktivist, wurde in den frühen Morgenstunden des 16. Januar von der Polizei in seinem Haus in Harare verhaftet. Ein Dutzend Polizisten, die mit AK-47 bewaffnet waren, nahmen ihn mit. Später wurde er angeklagt, zur öffentlichen Gewalt anzustiften und die verfassungsmäßige Regierung zu "untergraben". Mwarire hat sich offen über die Schwierigkeiten geäußert, mit denen viele Menschen unter dem derzeitigen Wirtschaftsklima konfrontiert sind. Er kam auf eine Kaution frei, nachdem er zwei Wochen im Gefängnis verbracht hatte. Mwarire ist seit langem Ziel der Behörden, er wurde zuvor 2016 verhaftet, als er sich gegen Korruptionsvorwürfe in der Regierung des ehemaligen Präsidenten Robert Mugabe aussprach.

Japhet Moyo, der Generalsekretär des Simbabweischen Gewerkschaftsbundes (ZCTU), der Arbeitsorganisation, die zum nationalen "Stay away" aufrief, wurde am 21. Januar am Robert Gabriel Mugabe International Airport verhaftet. Ihm wurde vorgeworfen, versucht zu haben, eine verfassungsmäßige Regierung zu untergraben. Moyo erschien am 23. Januar 2019 vor Gericht und erhielt keine Kaution. Später wurde ihm am 1. Februar eine Kaution gewährt. Der Präsident des ZCTU, Peter Mutasa, wurde wegen ähnlicher Vorwürfe festgenommen, und ihm wurde am 1. Februar die Freilassung auf Kaution gewährt. Viele andere sind entweder untergetaucht oder sind aus dem Land geflohen.

Amnesty International fordert die Behörden Simbawes auf, das Vorgehen gegen die Menschenrechte unverzüglich einzustellen und die Angriffe auf friedliche Demonstranten, Menschenrechtsverteidiger, Aktivisten, Führer der Zivilgesellschaft und Anhänger der Opposition zu beenden. Allen Opfern übermäßiger Gewaltanwendung muss Zugang zur Justiz und zu einem wirksamen Rechtsbehelf gewährt werden, einschließlich einer angemessenen Entschädigung und die Garantie für die Nichtwiederholung. Verdächtige Täter müssen in fairen Prozessen vor Gericht gestellt werden.

"Die simbabweischen Behörden werden niemanden davon überzeugen können, dass das Land offen für Geschäfte ist, wenn sie weiterhin gegen jeden vorgehen, der es wagt, sie zu kritisieren. Die Menschen müssen friedlich ihre Meinung äußern können, auch wenn die Regierung sie nicht mag", sagte Muleya Mwananyanda.

"Auch andere Mitglieder der internationalen Gemeinschaft müssen Verantwortung übernehmen, einschließlich derjenigen, die die "neue Morgendämmerung" von Präsident Mnangagwa begrüßt haben. Es ist an der Zeit, dass sie eindeutig Stellung beziehen und die eskalierenden Menschenrechtsverletzungen in Simbabwe öffentlich verurteilen."

Bitte schreiben Sie an den Präsidenten und den Justizminister:

President of the Republic of Zimbabwe
H.E. Emmerson Mnangagwa
Munhumutapa Building
Samora Machel Avenue Causeway
Harare
Zimbabwe
Fax: +263 4 73 46 44

Minister of Justice
Ziyambi Ziyambi
New Government Complex
P. Bag 7751, Causeway
Harare
ZIMBABWE
Fax: (+263) 4 772999 / +263 4 25 21 55

Kopie an:

Botschaft von Zimbabwe, I.E. Frau Ruth Masodzi Chikwira; Kommandantenstraße 80
10117 Berlin; Fax: 030-2045 5062; E-Mail: zimberlin@botschaft-zimbabwe.de

President of the Republic of Zimbabwe
H.E. Emmerson Mnangagwa
Munhumutapa Building
Samora Machel Avenue Causeway
Harare
ZIMBABWE

Fax: +263 4 73 46 44

Your Excellency,

A new briefing by Amnesty International documents how the Zimbabwean authorities have mounted a brutal crackdown and violence against protesters, using killings and torture, among other serious human rights violations to crush protests against fuel prices which began on 14 January. Amnesty International has documented cases of torture, mass arbitrary arrests and detentions as well as routine denial of bail in fast-tracked trials. More than 1,000 people have been arbitrarily detained following the protests, with some having been brought to court in trials that do not meet international fair trial standards.

Witnesses have told Amnesty International of widespread torture and other ill-treatment including being made to roll in sewage or ashes from burnt tyres.

I appeal to you respectfully:

- to guarantee that Zimbabwean authorities immediately end the crackdown on human rights and end attacks on peaceful protesters, human rights defenders, activists, civil society leaders and opposition supporters;
- to make sure that all victims of excessive use of force have access to justice and an effective remedy, including adequate compensation and guarantees of non-repetition;
- to bring suspected perpetrators to justice in fair trials;
- to allow people to peacefully express their opinions, even in case of dissent to the government's opinion.

Yours faithfully,

Copy to: Botschaft von Zimbabwe, I.E. Frau Ruth Masodzi Chikwira; Kommandantenstraße 80
10117 Berlin; Fax: 030-2045 5062; E-Mail: zimberlin@botschaft-zimbabwe.de

Minister of Justice
Ziyambi Ziyambi
New Government Complex
P. Bag 7751, Causeway
Harare
ZIMBABWE

Fax: (+263) 4 772999 / +263 4 25 21 55

Your Excellency,

A new briefing by Amnesty International documents how the Zimbabwean authorities have mounted a brutal crackdown and violence against protesters, using killings and torture, among other serious human rights violations to crush protests against fuel prices which began on 14 January. Amnesty International has documented cases of torture, mass arbitrary arrests and detentions as well as routine denial of bail in fast-tracked trials. More than 1,000 people have been arbitrarily detained following the protests, with some having been brought to court in trials that do not meet international fair trial standards.

Witnesses have told Amnesty International of widespread torture and other ill-treatment including being made to roll in sewage or ashes from burnt tyres.

I appeal to you to fully respect the human rights of everyone including the rights to freedom of expression, peaceful assembly and association;

- immediately end the escalating crackdown and attacks on peaceful protesters, human rights defenders, activists, civil society leaders and opposition supporters by the security forces and militant youth groups;
- Act swiftly to ensure security forces are held to account for the serious human rights violations, including torture, rape, and killings of protesters and other people;
- make sure that all victims of excessive use of force have access to justice and an effective remedy, including adequate compensation and guarantees of non-repetition;
- undertake a prompt, thorough, impartial and independent investigation into allegations of human rights violations and abuses including rape and other sexual abuse of women by security forces. Anyone suspected of being responsible should be brought to justice in fair trials;
- allow people to peacefully express their opinions, even in case of dissent to the government's opinion.

Yours faithfully,

Copy to: Botschaft von Zimbabwe, I.E. Frau Ruth Masodzi Chikwira; Kommandantenstraße 80
10117 Berlin; Fax: 030-2045 5062; E-Mail: zumberlin@botschaft-zimbabwe.de

Deutsche Übersetzung:

Eure Exzellenz,

ein neues Briefing von Amnesty International dokumentiert, wie die simbabwischen Behörden eine mit brutaler Gewalt gegen Demonstranten durchgreifen. Durch schwere Menschenrechtsverletzungen wie u.a. Tötungen und Folter versuchten sie die am 14. Januar begonnenen Proteste gegen die Kraftstoffpreise zu unterdrücken.

Amnesty International hat Fälle von Folter, massenhaft willkürlichen Verhaftungen und Verhaftungen sowie die routinemäßige Ablehnung von Kautionen in beschleunigten Prozessen dokumentiert. Mehr als 1.000 Menschen wurden nach den Protesten willkürlich festgenommen, einige davon wurden in Prozessen vor Gericht gestellt, die nicht den internationalen Standards für faire Verfahren entsprechen.

Zeugen haben Amnesty International von weit verbreiteten Folterungen und anderen Misshandlungen berichtet, wie z.B., dass sie dazu gebracht wurden, sich in Abwasser oder Asche aus verbrannten Reifen zu wälzen.

Ich appelliere an Sie, die Menschenrechte umfassend für jedermann zu achten einschließlich des Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit:

- das eskalierende Durchgreifen und die Angriffe auf friedliche Demonstranten, Menschenrechtsverteidiger, Aktivisten, Führer der Zivilgesellschaft und Anhänger der Opposition durch die Sicherheitskräfte und militanten Jugendgruppen unverzüglich einzustellen;
- schnell zu handeln, um sicherzustellen, dass die Sicherheitskräfte für die schweren Menschenrechtsverletzungen, einschließlich Folter, Vergewaltigung und Tötung von Demonstranten und anderen Menschen, zur Verantwortung gezogen werden;
- sicherzustellen, dass alle Opfer von Gewaltanwendung Zugang zum Recht und zu einem wirksamen Rechtsbehelf haben, einschließlich einer angemessenen Entschädigung und Garantien für die Nichtwiederholung;
- unverzüglich, gründlich, unparteiisch und unabhängig Behauptungen über Menschenrechtsverletzungen und -verletzungen, einschließlich Vergewaltigung und anderen sexuellen Missbrauchs von Frauen durch Sicherheitskräfte, zu untersuchen. Jeder, der der Verdacht auf Verantwortlichkeit hat, sollte in fairen Verfahren vor Gericht gestellt werden;
- es den Menschen zu ermöglichen, ihre Meinung friedlich zum Ausdruck zu bringen, auch wenn sie der Meinung der Regierung nicht zustimmen.

Mit freundlichen Grüßen

Anfragen und Antworten bitte an:

Amnesty International
Ko-Gruppe Südliches Afrika, c/o Dorothea Terpitz
Amnesty-Zimbabwe@gmx.de oder info@artycon.de

Tel.: 069-83008685



President Emmerson D Mnangagwa
President of the Republic of Zimbabwe
Office of the President
Munhumutapa Building
Samora Machel Avenue
Harare
Zimbabwe

4 February 2019

Your Excellency

RE: Request to urgently end gross human rights violations in Zimbabwe

Amnesty International, Human Rights Watch and Oxfam International are writing to urge you to urgently take concrete and effective action to address the deteriorating human rights situation and increasing risk of a humanitarian crisis in Zimbabwe. While we appreciate the space you have created for some dialogue with you, including on the death penalty, and your government's support in the delivery of some impactful humanitarian work that has served many lives in Zimbabwe, we worry that the current trend threatens the potential gains from these engagements.

We are seriously concerned about the escalating crackdown by your government on human rights defenders, civil society activists, labour and opposition leaders and members and Zimbabweans protesting the recent fuel price increase.

We have observed with concern a pattern of suppression of dissenting voices in Zimbabwe. On 1 August 2018, 7 people were killed after the deployment of the military during post-election protests. To date, those responsible for the killings have not been brought to justice.

The announcement by your government of a 150 percent fuel increase on 12 January led the Zimbabwe Congress of Trade Unions labor movement to call for a three-day national strike, which triggered widespread protests. Protesters burned a police station, barricaded roads with large rocks, and looted shops in Harare, Kadoma, and Bulawayo. Of course we condemn criminality, but Government security forces responded with live ammunition and teargas, which they fired at the protesters and into people's homes. The security forces beat many people using iron bars, baton sticks, sharp objects and booted feet. They launched a massive door-to-door search, and were joined by militant youth groups suspected of being aligned to the ZANU PF party in dragging people suspected of participating in the protests out of their homes and arbitrarily detaining them.

At least 12 people were killed, more than 78 people were treated for gunshot wounds, and over 302 were treated for serious injuries that include dog bites, assaults, severe beatings, blunt trauma, and use of sharp and penetrating objects.

We are also aware that several women and girls were reportedly raped by members of the security forces.

The nationwide internet shutdown by your government during the “stay-away” caused an information blackout across the country and affected many who rely on it for financial transactions to access basic goods and services like emergency health care.

Your government spokesperson, George Charamba, reportedly said that the crackdown on protesters, human rights defenders and activists, opposition supporters and others was “just a foretaste of things to come.” As we write, reports show that security forces continue to intensify repression of dissenting voices, including through the arbitrary detentions of high-profile opposition leaders, human rights defenders and activists, including children. Most of those arrested are routinely being denied bail and many summarily tried in trials that fail to adhere to international fair trial standards. In the face of continued attacks on activists and opposition leaders and other people, many civil society leaders have fled their homes, fearing for their lives, and are in hiding, unable to access food or medical facilities for fear of arrest.

We are, therefore, deeply concerned that without decisive action to address and end the ongoing human rights crisis, the situation will continue to deteriorate, and, consequently, exacerbate the humanitarian situation, not just nationally, but regionally across the Southern African Development Community.

The failure of the authorities to bring to justice government officials and members of the military and police responsible for serious abuses, regardless of rank, breeds a culture of impunity that can only lead to increased human rights violations throughout the country. It also denies victims the right to an effective remedy.

We therefore urge you to show commitment to respect human rights including by using your leadership position to ensure that the Zimbabwean authorities:

- a) Fully respect the human rights of everyone including the rights to freedom of expression, peaceful assembly and association;
- b) Immediately end the escalating crackdown and attacks on peaceful protesters, human rights defenders, activists and opposition leaders and other people by the security forces and militant youth groups;
- c) Act swiftly to ensure security forces are held to account for the serious human rights violations, including torture, rape, and killings of protesters and other people;
- d) Undertake a prompt, thorough, impartial and independent investigation into allegations of human rights violations and abuses including rape and other sexual abuse of women by security forces. Anyone suspected of being responsible should be brought to justice in fair trials;
- e) Immediately ensure women can promptly report cases and guarantee full access

to medical services for all women who have been raped and sexually assaulted, as well as others injured by security forces during the crackdown.

- f) Ensure victims and their families have access to justice and right to an effective remedy including access to psycho-social and trauma counselling, adequate compensation, reparations and guarantee of non-repetition.

We would very much appreciate the opportunity to meet with you at your convenience to discuss ways to improve the human rights situation in Zimbabwe.

Thanking you for your urgent attention to this matter and looking forward to hearing from you soon on the steps you are taking to implement these recommendations.

Yours sincerely,



Kumi Naidoo

Secretary General

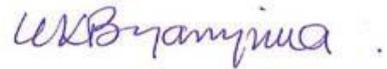
Amnesty International



Kenneth Roth

Executive Director

Human Rights Watch



Winnie Byanyima

Executive Director

Oxfam International